

Bildung und Beschäftigung Jugendlicher im ländlichen Raum

1. Jugendliche in strukturschwachen ländlichen Regionen – Bemühungen zur beruflichen Bildung und Beschäftigung im Dilemma und: Gibt es Alternativen zur Abwanderung?

Die berufliche Integration junger Menschen gestaltet sich derzeit bundesweit äußerst problematisch. Aussagen zu Ausbildungsnotstand und Jugendarbeitslosigkeit sind hinlänglich bekannt und bergen vor dem Hintergrund der überfälligen Stabilisierung unserer sozialen Sicherungssysteme erhebliche Risiken in sich. Gleichwohl ist das Problem v.a. regional sehr differenziert zu beurteilen, in seiner Ausprägung jedoch gerade im ländlichen Raum groß – Hauptrisikogruppen leben im ländlichen Raum, sind bei den unter 20-Jährigen männlich und ohne Schulabschluss oder bei den bis 25-Jährigen weiblich, ohne Berufsausbildung und allein erziehend. Übertroffen werden genannte Integrationsschwierigkeiten m.E. lediglich durch die vielfältigen Problemlagen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Ballungsräumen.

2. Die Sozialisationsinstanz „Allgemeinbildende Schule“ und ihr gespaltenes Verhältnis zur Arbeitswelt

Im Kontext von Bildung und Beschäftigung im ländlichen Raum kommt der Schule als Sozialisationsinstanz eine außerordentliche Rolle zu, wenngleich an diesem Lernort nur noch lediglich 30 – 50 % der Bildung vermittelt werden. Selbst dieser relativ geringe Anteil kann jedoch in Schule nur abgerufen werden, wenn die Familie, die in der aktuellen Bildungsdebatte oft unberücksichtigt bleibt, ihrem pädagogischen Auftrag nachkommt, Lernmotivation zu fördern, Lernschwächen zu überwinden und letztlich auch für berufliche Bildung zu interessieren.

Wir wissen, spätestens seit PISA, dass sich deutsche Schule zu sehr auf reine Wissensvermittlung beschränkt und nur begrenzt das bedienen kann, was sich in der Gesellschaft an Lebensentwürfen entwickelt. Wir wissen auch, dass es unser Schulsystem am wenigsten von allen Ländern vermag, im Bildungsverlauf Ungleichheiten und herkunftsbedingte Benachtei-

ligungen auszugleichen. Dies wiegt für Schule im ländlichen Raum umso schwerer, da sie, vor dem Hintergrund mangelnder sozialer Infrastruktur, nicht nur die intellektuellen Grundlagen für die berufliche Bildung legt, sondern auch, und dies in nahezu alleiniger Verantwortung, einen zielführenden Berufswahlvorbereitungs- bzw. orientierungsprozess verantworten soll. Angesichts der nachfolgend zu schildern Situation auf dem Ausbildungs- bzw. Beschäftigungsmarkt ist es gerade für Jugendliche vorgenannter Sozialräume entscheidend, einen Vorteil gegenüber ihren Mitbewerberinnen auf dem Ausbildungsmarkt zu haben, d.h.:

1. Da zwei Drittel der Jugendlichen ohne Schulabschluss dauerhaft ohne berufliche Ausbildung bleiben (Ludwig u.a. 2003, S.4), das Nachholen eines Schulabschlusses in ländlichen Regionen vielfach schwieriger ist, als z.B. in Großstädten, trägt die Schule die Hauptverantwortung für das „Ticket“ zum Einstieg in die Arbeitswelt.

2. gerade Jugendliche aus dem ländlichen Raum sind in erhöhtem Maße auf Schlüsselqualifikationen und konsequent verinnerlichte berufliche Entscheidungen angewiesen, um auf dem exponiert dürrtigen Ausbildungsmarkt, aber auch überregional manövrieren zu können. Es ist auf dem Arbeitsmarkt zur Gewissheit geworden: neben einem Beherrschen der Grundfertigkeiten Lesen und Rechnen, einem ausgeprägten technologischen, naturwissenschaftlichen und wirtschaftlichen Verständnis machen das Beherrschen von Schlüsselqualifikationen den Unterschied zwischen Erfolg und Scheitern (Rademacker, 2002, S.9).

Während Schule im ländlichen Raum nach meinen Erfahrungen bei der Hinführung zum Schulabschluss, letztlich auch wegen stabilerer familiärer Strukturen, relativ erfolgreich agiert – dies gilt insbesondere für die niederen Formen des Bildungskanons – hat sie mit Schulen anderer Sozialräume eins gemein: die Vorbereitung auf die Arbeitswelt, die Vermittlung von Informationen zu Veränderungsprozessen in beruflichen Tätigkeitsfeldern bzw. auch zur generell veränderten Arbeitsorganisation, hier z.B. die aberwitzig angestiegenen Mobilitäts- und Flexibilitätsanforderungen, ist defizitär, vielmehr noch: man kann der Schule eine regelrechte Abschottung gegenüber der Arbeitswelt unterstellen (Ebenda, S. 3)

Nach unseren Erfahrungen im Bemühen zur Entwicklung praxisnaher Berufswahlvorbereitung für Benachteiligte in Schulen teile ich die unumwunden folgende Auffassung: „Dort, wo die Öffnung gegenüber der Arbeitswelt dann doch in eher bescheidenem Umfang geschieht,

wird sie didaktisch dilettantisch gehandhabt, wie der verbreitete schulische Umgang mit den Betriebspraktika zeigt.“ (Ebenda, S. 3).

Zwischenzeitlich fehlt mir der Glaube, dass Schule aus sich selbst heraus die längst überfällige Herausforderung annimmt. Es bedarf gezielter Bildungsanstrengungen nonformaler bzw. informeller Natur, die außerhalb von Schule o.g. Auftrag umsetzen. Hier gibt es gerade für die Jugendsozialarbeit im ländlichen Raum ein zukünftig wichtiges Arbeitsfeld: sie kennt sich am besten mit den schulischen Risikogruppen aus, weiß zudem um die Schwächen des formalen Bildungssystems und kann die Rolle von Lotsen und Begleitern übernehmen.

3. Das Duale System in der Sackgasse, der Abschied von der Normalbiographie beruflicher Integration und „Es bleibt alles anders“

Trotz der Krise auf dem Ausbildungsmarkt ist der Wunsch von Jugendlichen nach einer dualen Ausbildung ungebrochen: er liegt bei Schülern/innen in den alten Ländern über alle Schulformen hinweg bei mehr als 33 %, in den Neuen Ländern deutlich darüber – hier erklären mehr als die Hälfte befragter Jugendlicher, eine betriebliche Ausbildung aufnehmen zu wollen (BMBF-Info, 2003, S. 2). Dies scheint aber auch ein Indiz dafür zu sein, dass Jugendliche in den Neuen Ländern nur ungenügend über Alternativen zur betrieblichen Ausbildung informiert sind.

Dem entgegensteht, dass der Anteil der Schulabgänger, die ihre Berufsbiographie im Dualen System begannen, allein im direkten Vergleich von 1997 bis 2002 von einst 56 % auf 46 % zurückgegangen ist (Ebenda, S.1). In den Neuen Ländern sank das betriebliche Ausbildungsplatzangebot im Vergleich der Jahre 2000 zu 2002 von einst 39 % auf nunmehr nur noch 34 % (im Vergleich alte Länder 90 %). Allein in Thüringen fehlten rein rechnerisch 20.000 betriebliche Ausbildungsplätze, hier sank das betriebliche Ausbildungsplatzangebot seit 1997 um ein Drittel.

Ernüchternd ist zugleich die Tatsache, dass eine betriebliche Ausbildung immer weniger den direkten Einstieg in die Arbeitswelt garantiert. Die Übernahmequote aus betrieblicher Ausbildung heraus beträgt in den neuen Ländern nur noch 44 %. In den alten Ländern verbleiben immer noch mehr als die Hälfte der Jugendlichen im Anschluss im ausbildenden Unternehmen.

Damit wird zunehmend deutlich: Die Realität auf dem Ausbildungsmarkt und die Zielvorstellungen von Jugendlichen klaffen gerade in den

Neuen Ländern auseinander. Vermag es Schule zwar noch, grob auf den Normalweg des beruflichen Einstieges – betriebliche Ausbildung und hernach Übernahme im Ausbildungsbetrieb – zu orientieren, muss man zur Kenntnis nehmen: Schule orientiert zwischenzeitlich auf einen eher randständigen beruflichen Integrationspfad – nicht mal mehr jeder fünfte Jugendliche in den Neuen Ländern absolviert die sog. Normalbiographie. Und soviel scheint sicher, der Trend ist bis ins Jahr 2008 hinein negativ und dürfte sich erst zum Ende der laufenden Dekade spürbar drehen.

Lassen Sie mich die überaus prekäre Lage auf dem bundesdeutschen Ausbildungsmarkt abschließend mit Daten der Bundesagentur vom Dezember 2003 illustrieren: von 719.600 gemeldeten Bewerbern haben lediglich 338.500 einen Ausbildungsplatz erhalten (betrieblich/außerbetrieblich). Damit sind die nach der Statistik gemeldeten Ausbildungsplätze gegenüber 2002 insgesamt um 40.000 zurückgegangen. Zu den „Risiken und Nebenwirkungen“ dieses Desasters gehört u.a. die Tatsache, dass 10 % aller ostdeutschen auszubildenden Jugendlichen in der Benachteiligtenförderung Unterschlupf finden (müssen) – damit ist ihr Anteil 5 mal höher als in den alten Ländern.

Kurz zu den Ursachen des Trends, der das vielgerühmte Duale System sukzessive aushöhlt und ruiniert, dessen strategische Auswirkungen gerade vor dem Hintergrund der aktuellen „Wirtschaftsstandort Deutschland und Innovation“-Diskussion bislang nahezu unberücksichtigt bleiben: ab 2008 beginnend bis 2015 halbiert sich die Zahl der 16-18-Jährigen in den Neuen Ländern im Vergleich zu 2000, dies wird nicht ohne Auswirkungen für die Bereitstellung von Human-Ressourcen bleiben.

Arbeit ist in Deutschland teuer und so nimmt es nicht Wunder, dass auch die betrieblichen Ausbildungskosten, bedingt durch den hohen Personaleinsatz sehr hoch sind. Die Ausbildungskosten kumulieren z.B. bei einem Metallfacharbeiter bei 3,5 jähriger Ausbildung auf ca. 56.000 und werden bei einer Übernahme erst nach sechs Jahren wieder erwirtschaftet (Ludwig u.a. 2003, S. 9). Ausbildungsmotivation wird daher primär von wirtschaftlichen Aspekten geleitet und gerade in Zeiten der Rezession trägt Ausbildungsverantwortung offensichtlich eher fakultativen Charakter. Dies gilt insbesondere in ländlichen Regionen, deren wirtschaftliche Struktur weniger industriell geprägt ist, woraus eine erheblich größere Negativwirkung auf den Ausbildungsmarkt erwächst.

Vor allem das Handwerk, und hier insbesondere das Bau- und Baunebengewerbe sowie der Metallsektor – einst Rückrad der betrieb-

lichen Ausbildung in den Neuen Ländern, leidet unter einer schwachen Auftragslage und der deutlichen Zunahme von Insolvenzen, die Novelle der Meisterordnung tut ein übriges zur Ausbildungsmotivation. Der Einzelhandel, traditionell ein Wirtschaftssegment mit einem hohen Ausbildungsplatzangebot, verzeichnet eine Konjunkturlaute und auch im Öffentlichen Dienst – gerade in den neuen Ländern ein wichtiger Arbeitgeber – findet signifikant Personalabbau statt.

Mit Hinweis auf die schlechte konjunkturelle Lage gesellt sich jedoch bei Vertretern von Wirtschaftsverbänden und zuständigen Stellen jedoch oft eine diffuse und indifferente Kritik an der Ausbildungsreife der Bewerber/innen hinzu, ein Fakt der angesichts oben erläuteter Relationen geradezu absurd erscheinen muss – nie hatten Unternehmen größere Auswahlmöglichkeiten als bisher: in Thüringen könnten die verfügbaren betrieblichen Ausbildungsstellen ausschließlich mit ausbildungswilligen Abiturienten und Jugendlichen mit mindestens guter Mittlerer Reife besetzt werden. Das heißt im Umkehrschluss aber auch, dass es keinen regulären Ausbildungsmarkt für Hauptschulabsolventen, Jugendliche mit durchschnittlich Mittlerer Reife und letztlich für Abgänger von Förderschulen aus beiden Bildungsgängen mehr gibt.

Ungeachtet dessen ist feststellbar, dass es den mehr als 35.000 unvermittelten Bewerbern/innen bundesweit an Ausbildungsreife fehlt: ca. 5 % verfügen über keinen Schulabschluss, jede 4. ist bereits 21 Jahre und älter, 57 % sind Bewerber/innen aus den Vorjahren und haben bereits ein oder mehrere Schleifen gedreht (BMW-Pressestelle 2004). Zudem ist die Zahl der Ausbildungsabbrüche gerade in den Neuen Ländern mit einem Viertel der jährlich eingetragenen Neuverträge sehr hoch.

So mag es nicht überraschen, dass sich immer mehr Unternehmen aus der Dualen Ausbildung verabschieden. Während der Anteil nicht ausbildender Betriebe im Osten bereits bei 75 % liegt, bilden in den Alten Ländern zwei Drittel der Betriebe nicht aus.

Ungeachtet dessen gibt es, zumindest bundesweit ein Überangebot von Ausbildungsstellen, die gerade für den ländlichen Raum charakteristisch sind, aber offensichtlich nur begrenzt das Interesse von Jugendlichen finden. Exemplarisch genannt seien hier Fachverkäufer/in im Nahrungsmittelhandel, Fleischer/in, Bäcker/in bzw. Konditor/in und Restaurantfachkraft. Während sich z.B. in Thüringen 41 % aller Bewerbernachfragen auf 10 Berufe vereinen, sucht man nach den o.g. vergebens. Statt dessen dominieren Bürofachkräfte, Verkäufer, Kaufmann im Einzelhandel und Kraftfahrzeug-

mechatroniker das Ranking.

Vor diesem Hintergrund kommt v.a. der Optimierung des Berufswahlprozesses eine außerordentliche Bedeutung zu. Hier ist nicht nur dafür Sorge zu tragen, dass Jugendliche die für sich persönlich in Frage kommenden beruflichen Möglichkeiten, sondern auch die Bedingungen ihrer Realisierung kennen. Dies schließt detaillierte Informationen zum lokalen/regionalen Ausbildungsmarkt in den Vorabgangsklassen ebenso ein, wie den Erwerb von Kompetenzen, die überregionale Mobilität sichern. Es bleibt für Jugendliche im ländlichen Raum oftmals nur die Möglichkeit, sich überregional, ggf. in die alten Länder zu orientieren. Bereits jetzt verändern 10 % der Jugendlichen ausbildungsbedingt ihren Wohnsitz, wobei die Mobilität weiblicher Auszubildender doppelt so hoch ist wie die ihrer männlichen Kollegen. Männliche Schulabgänger mit schlechten Startchancen verbleiben jedoch eher in ihrer Region und stehen langfristig vor Integrationsproblemen.

4. Closed! – der Beschäftigungsmarkt für Jugendliche in strukturschwachen Regionen

Die aktuelle Konjunkturschwäche wirkt sich schneller auf die Beschäftigungssituation von Jugendlichen aus als auf andere Altersgruppen. Demographisch bedingt drängen nach Untersuchungen des IAB aktuell drei mal mehr Jugendliche in das Beschäftigungssystem als ausscheiden, wobei gerade in den neuen Ländern vor dem Hintergrund relativ altershomogener Belegschaften zwischen 45 und 65 Jahren die Integrationschancen für Jugendliche auf lange Sicht denkbar ungünstig sind. Der bundesweit zu beobachtende Beschäftigungsabbau (ca. 1 % in 2002/2003) findet in den Neuen Ländern in einem viel höheren Maße statt, bewegt sich zwischen 2,5 und 3 % p.a. und führt dazu, dass allein Thüringen und Sachsen-Anhalt im letzten Jahr jeweils mehr als 20.000 versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse verloren gingen.

Die für 2004 in den Neuen Ländern prognostizierten 1,5 % Wachstumsrate werden keine Beschäftigungseffekte erzielen – die Beschäftigungsschwelle liegt bei 2 % in den NBL, erst bei einem Wachstum von 6-8 % entstehen signifikant mehr Arbeitsplätze. Der Personalbedarf in den Unternehmen ist auch aus o.g. Gründen heraus gering und aus Arbeitgebersicht kann man die Grundthese unterstellen: Es ist leichter, jemanden nicht einzustellen, als jemanden zu entlassen.

Dies führt letztlich dazu, dass die durchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit in Deutsch-

land in 2003 mehr als eine halbe Million umfasste, davon entfallen ca. 190.000 Arbeitslose auf die neuen Länder. Das Engagement der öffentlichen Hand ist, um dieses Problem einzugrenzen, gigantisch. Allein die Bundesanstalt für Arbeit fördert mehr als 370.000 Jugendliche über verschiedene Instrumente. Man kann davon ausgehen, dass das durch Initiativen der Länder, des Bundes und des ESF ergänzte Gesamtfördervolumen arbeitsloser Jugendlicher höher ist als die Zahl der arbeitslos gemeldeten Jugendlichen.

Die Quote der arbeitslosen Jugendlichen ohne Berufsabschluss liegt in den Neuen Ländern bei ca. einem Drittel und ist damit doppelt so hoch wie bei den Arbeitslosen aller Altersgruppen, es fehlt nach wie vor an wirkungsvollen Instrumenten, um diese Klientel zielführend zu fördern. Überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit in den Neuen Ländern sind v.a. die Berufsgruppen Bürofachkräfte, Verkäufer, Maurer, Maler und Lackierer und Groß- und Einzelhandelskaufleute betroffen. Es wiegt schwer, dass genannte Berufe auch das Ausbildungsspektrum der außerbetrieblichen Berufsausbildung dominieren und damit einst (Markt-) Benachteiligte geringe Beschäftigungschancen haben. Auch dies gilt exponiert für die Wirtschaftsstruktur im ländlichen Raum.

Es gibt gerade für Jugendliche im ländlichen Raum mit entsprechendem Ausbildungshintergrund keine Alternative zur Abwanderung. Allein Thüringen und Sachsen-Anhalt verlieren nach Schätzungen jährlich jeweils nahezu 5.000 Jugendliche. Dieser Trend wird sich mit der Umsetzung der Hartz-Gesetze noch verstärken. Bereits nach dreimonatiger Arbeitslosigkeit fordern die Agenturen für Jugendliche (mit Berufsabschluss und ohne familiäre Bindung) bundesweite Mobilität ein und prämiieren den Weggang akzeptabel. Jeder vierte wanderungswillige Jugendliche nimmt Mobilitätshilfen und hier v.a. die Prämie in Anspruch. Nach Untersuchungen des BiBB verbleiben 90 % derjenigen, die eine Erwerbstätigkeit (nach der Berufsausbildung) in den alten Ländern aufnehmen, dort.

Dies hat bereits mittelfristig eklatante Folgen für die demographische Struktur in den Neuen Ländern: es sind überwiegend junge, gut ausgebildete Frauen, die gehen, so dass die Bevölkerungsreproduktion zunehmend gefährdet ist. Dies wird nicht nur Folgen für die sozialen und Bildungsstrukturen in den neuen Ländern haben, sondern langfristig die Wirtschaftskraft der Neuen Länder einschränken. Nur am Rande sei erwähnt: mit jedem Weggang steigt die ohnehin beängstigende Pro-Kopf-Verschuldung der Neuen Länder und schränkt die Spielräume der öffentlichen Hand für (freiwillige) soziale

Leistungen ein.

Perspektivisch werden Arbeitsangebote weniger in der industriellen Massenproduktion (Verlagerung ins Ausland), die ohnehin nur begrenzt für den ländlichen Raum von Bedeutung sind, sondern vor allem im Bereich von Dienstleistungen im handwerklichen, persönlichen, kulturellen und sozialen Bereich entstehen. Dies führt zu neuen Qualifikationsanforderungen, die dadurch gekennzeichnet sind, dass Persönlichkeitsmerkmale und weniger arbeitsplatzspezifische Qualifikationen im Vordergrund stehen. Dem haben Maßnahmen der Berufsorientierung/Berufsvorbereitung insbesondere im ländlichen Raum Rechnung zu tragen. Es gilt bei Jugendlichen eine ausgeprägte Medienkompetenz sowie soziale und kulturelle Kompetenzen zu entwickeln. Sie müssen nicht nur für Fragen der Mobilität und deren Anforderungen sensibilisiert werden, sondern auch die Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen berücksichtigen. Bereits jetzt arbeiten z.B. 37 % der 15- bis 19-Jährigen und mehr als ein Viertel der 20- bis 24-Jährigen auf Basis von befristeten Arbeitsverträgen – ein Fakt, der in mir bekannten berufsorientierenden Maßnahmen bislang keine Rolle spielt (ibv 23/2003, S. 42).

5. Fördern und Fordern und wohin geht die „Hartz-Reise“?

Auf einige Vorboten der Umsetzung der Hartz-Gesetze wurde bereits eingegangen, charakterisieren sie doch hinreichend den Paradigmenwechsel in der Arbeitsförderung: die Vermittlung in „Arbeit um jeden Preis“. Schon jetzt werden Creaming-Effekte deutlich, die aus dem verstärkten Bemühen resultieren, zunächst die gut Qualifizierten schnell und mit hohem Aufwand einer versicherungspflichtigen Beschäftigung zuzuführen. Dieser Trend zeichnet seit ca. 18 Monaten auch die Förderprioritäten des Jugendsofortprogramms aus – über 80 % des Fördervolumens werden bereits über die Fallzahlen in lohnkostensubventionierter Beschäftigung in teils prekären Arbeitsverhältnissen realisiert.

Kann man diesem Ansinnen durchaus folgen, bleibt die bange Frage: Welche Maßnahmen werden mit Jugendlichen vereinbart, denen bislang eine berufliche Grundqualifikation fehlt? Zwar ist an den Einsatz von Fallmanagern gedacht, die explizit für jugendliche, erwerbsfähige Hilfebedürftige zuständig zeichnen. Darüber hinaus wird der Grundsatz postuliert, dass Qualifizierung oder Ausbildung Vorrang vor reiner Beschäftigung hat. Dies macht aber nur Sinn, wenn personenbezogene Problemlagen, individuelle oder soziale Benachteiligung

gen vor der Eingliederungsvereinbarung zur Kenntnis genommen und hernach gezielt bearbeitet werden. Gerade hier habe ich Zweifel, ob dafür bei den Fallmanagern Kompetenzen und letztlich auch Ressourcen zur Verfügung stehen. Es braucht ein hohes Maß an sozialpädagogischer Kompetenz, da Jugendliche u.U. eine viel höhere Beratungstiefe erfordern als z.B. Erwachsene.

Völlig ungeklärt scheint die Frage, welche Ressourcen der Jugendhilfe für die Job-Center genutzt werden können oder anders: welches Selbstverständnis die Jugendhilfe für die Mitwirkung in den Job-Centern vor dem Hintergrund ihres Auftrages nach § 13 SGB VIII entwickelt? Viel schwerer wiegen jedoch bereits aktuelle Tendenzen, die insbesondere benachteiligte Jugendliche im ländlichen Raum auf lange Sicht ausgrenzen können:

- Die Intention von ABM seit 01.01.2004, die nunmehr lediglich Erwerbsfähigkeit über einen Zeitraum von sechs Monaten wieder herstellen bzw. sichern soll, gefährdet die durchaus zielführende Kombination von Arbeit und Bildung auf Dauer (wenngleich diese nach wie vor möglich ist); dies wird strukturelle Auswirkungen auf Jugendwerkstätten und kleinere Beschäftigungsträger im ländlichen Raum haben. Da zudem der Erwerb eines Leistungsanspruchs in Folge von ABM ausgeschlossen ist, bleibt der Klientel die Nutzung weiterführender Instrumente des SGB III verwehrt.
 - Beschäftigungsförderung im Sinne von JUMP-PLUS zementiert Benachteiligungen eher als dass sie aufgebrochen werden, die kurze Laufzeit, der Vorrang der Beschäftigung vor der Qualifizierung (ohnehin nur symbolisch möglich) und die für den ländlichen Raum völlig ungenügende Mehraufwandsentschädigung (Fahrkosten) verhindern einen tatsächlichen Kompetenzzuwachs bei der Zielgruppe. Die ab 01.01.2005 mögliche Sanktionierung bei Nichtmitwirkung dürfte Ausgrenzungsprozesse verstärken (kann zu dreimonatiger Streichung der Fürsorgeleistung führen).
 - Das auf Kostenminimierung orientierte Ausschreibungsgebahren der Bundesagentur für Arbeit wird perspektivisch zu einer Marktberreinigung der Trägerlandschaft und zur Einschränkung der Trägerpluralität führen, chancenlose kleinere Bildungs- und Beschäftigungsträger werden samt ihrer Hilfenetzwerke und entwickelten regionalen Kooperationsbeziehungen verschwinden
- Es ist m. E. gerade aktuell Aufgabe der Jugendhilfe, genannte Tendenzen sehr aufmerksam zu beobachten, öffentlich zu machen und den Dialog mit den örtlichen Agenturen für Arbeit in

Vorbereitung der Arbeitsgemeinschaften zwischen Kommunen und Agenturen zu suchen. Jugendhilfe läuft Gefahr, vom anerkannten Partner zum „Resteversorger“ degradiert zu werden. Gerade in den Neuen Ländern ist das Engagement der Jugendhilfe im Bereich der arbeitsweltbezogenen Förderung / Jugendberufshilfe bislang eher verhalten ausgeprägt.

6. Was ist zu tun?

Jugendsozialarbeit/Jugendberufshilfe sollen auf Grundlage von § 13 SGB VIII zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen jungen Menschen helfen, die bei ihrer beruflichen Integration auf Unterstützung angewiesen sind. Die zu erwartenden strukturellen Verwerfungen in der Arbeitsförderung machen ein stärkeres Engagement der Jugendsozialarbeit/Jugendberufshilfe in der Fläche des ländlichen Raumes notwendig, wobei sie verstärkt präventiv die Rolle des Lotsen und individuellen Begleiters übernehmen muss, der in enger Kooperation mit der allgemeinbildenden Schule und der Agenturen für Arbeit die Persönlichkeitsentwicklung fördert und Leistungskompetenz entwickelt.

In dieser Hinsicht leisten die Programme des Bundesjugendministeriums, Freiwilliges Soziales Trainingsjahr und Kompetenzagenturen, unschätzbare Schrittmacherdienste, deren Arbeitsergebnisse aber noch transparenter gemacht werden müssen.

Jugendberufshilfe hat sich angesichts des oben geschilderten Szenarios im ländlichen Raum folgenden Anforderungen zu stellen:

1. Es sind Arbeitsformen und Methoden zu entwickeln, die lokale und regionale Ausbildungs- und Beschäftigungspotenziale deutlich werden lassen. Dies ist unmittelbar über betriebliche Kontakte, die Kooperation mit dem Ausbildungsmarktteam der Agentur für Arbeit und regionalen Personalserviceagenturen zu realisieren, erfordert aber auch eine stärkere Einbindung in die Arbeitskreise „Schule-Wirtschaft“ bzw. Strukturen regionaler Wirtschaftsförderung.
2. Jugendsozialarbeit muss verstärkt „Gehstrukturen“ entwickeln, die auf der Vernetzung mit anderen Bildungs- bzw. Hilfeanbietern basieren. Eine über die Standorte freier Jugendberufshilfeträger (zumeist ja nur in den Kreisstädten zu finden) hinausgehende Kooperation mit den allgemeinbildenden Schulen, Angeboten der offenen Jugendarbeit/des STREETWORK bzw. der Jugendgerichtshilfe ist unabdingbar, um der Isolation von Jugendlichen nicht nur im Sanktionsfall vorzubeugen.
3. Jugendsozialarbeit hat gegenüber den

- Agenturen für Arbeit, aber auch der öffentlichen Jugend- und Sozialhilfe, z.B. gegenüber den Fallmanagern in den gemeinsamen Anlaufstellen die allgemeinen und individuellen Bedarfslagen ihrer Zielgruppe kenntlich zu machen.
4. Jugendsozialarbeit hat i.S. von nachhaltiger Prävention den Prozess der Berufswahlvorbereitung/Berufsorientierung jenseits der schulimmanenten Grenzen zu flankieren und insbesondere die Entwicklung arbeits- und lebensweltbezogener Kompetenz zu fördern. Dies kann durch Angebote arbeitsweltbezogener Schulsozialarbeit ebenso geschehen, wie über die Organisation von Schnupperkursen bei freien Trägern der Berufsvorbereitung und -ausbildung.
 5. Es ist insbesondere den Interessen derjenigen Jugendlichen Rechnung zu tragen, die Schwierigkeiten beim Übergang Schule/Berufsausbildung erwarten lassen und die aufgrund ihrer familiären Situation weniger mobil sind. Für diese Klientel sind die Startchancen für eine Integration in die regionale Wirtschaftsstruktur zu verbessern und ggf. niederschwellige Beschäftigungsmöglichkeiten zu erschließen.
 6. Jugendsozialarbeit ist in der Pflicht, den Job-Centern (gemeinsamen Anlaufstellen) personelle Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die durch folgende Kompetenzen gekennzeichnet sind:
 - detaillierte Kenntnis der Angebots- und Nachfrageseite des Ausbildungsmarktes,
 - Kenntnisse der Leistungen der Agentur für Arbeit, der Jugend- und Sozialhilfe und der allgemeinbildenden Schulen der Region,
 - Beherrschen von Verfahren der individuellen Kompetenzfeststellung und des Case-Managements.

Literatur:

- Bundesministerium für Bildung und Forschung (12/2003): Ausbilden jetzt – Erfolg braucht alle, Lehrlinge werden mittelfristig knapp, Online-Publikation
- Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Pressestelle: Daten zur Ausbildungssituation vom 08.01.2004
- Ludwig, K. u.a.(2003): Gutachten für das BMWA, Ausbildung für einfache Berufe, Endbericht, München
- Rademacker, H. (2003): Schule vor neuen Herausforderungen, Orientierung für Übergänge in eine sich wandelnde Arbeitswelt, Beitrag zu einer INBAS-Fachkonferenz am 24./25.11.2003 in Offenbach